Hildesheimer Allgemeine Zeitung vom 25.08.2018, S.17

Land stellt Kreis Kali-Ultimatum

Klarheit über Salzwasser-Einleitung bis Montag gefordert – diese Frist wird verstreichen

Von Tarek Abu Ajamieh

Giesen/Kreis Hildesheim. Im Ringen um die Salzwasser-Einleitung in die Innerste am Giesener Kali-Bergwerk im Zuge einer möglichen Wiederinbetriebnahme hat die Landesregierung den Druck auf den Landkreis Hildesheim erhöht, schnell eine Entscheidung zu treffen. Er halte es „mit Blick auf den Diskussionsstand sowie die Rechtspflicht, ein Verwaltungsverfahren zügig durchzuführen, für möglich und geboten, dass der Landkreis eine Entscheidung bis zum 27. August 2018 trifft", heißt es in einem Schreiben des Staatssekretärs im Umweltministerium, Frank Doods, an die Kreisverwaltung.

Der Brief datiert vom 16. Juli. Und ist offenbar als Ultimatum zu verstehen. Zwar steht in dem Brief nicht, was passiert, wenn der Landkreis die Frist verstreichen lässt. Doch auf Nachfrage erklärte eine Sprecherin des Umweltministeriums gestern: „Wenn der Landkreis keine Entscheidung trifft, werden wir prüfen, ob das Einvernehmen vom Landkreis erteilt werden müsste und dann entscheiden, ob der Landkreis Hildesheim angewiesen wird, das Einvernehmen zu erteilen." Zu Deutsch: Umweltminister Olaf Lies würde dem Landkreis die Entscheidungshoheit entziehen und selbst entscheiden – schließlich hat sein Staatssekretär deutlich gemacht, dass er das Ganze für entscheidungsreif hält.

Dabei geht es wie berichtet um das sogenannte Einvernehmen des Landkreises zur wasserrechtlichen Erlaubnis, bestimmte Salzwassermengen in die Innerste abzuleiten. Diese Erlaubnis müssen das Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG) und der Landkreis gemeinsam erteilen – oder versagen. Sie ist Voraussetzung dafür, dass das LBEG insgesamt über den Antrag des Düngemittel-Konzerns K+S auf einen Neustart des Giesener Bergwerks entscheiden kann.

Erdrückend oder erfolgversprechend? Hinter einem Haus in der Schacht-Siedlung ragt der bestehende Kaliberg auf. FOTO: DPA

Der Hildesheimer Kreistag hatte der Kreisverwaltung die Entscheidung zu diesem Einvernehmen entzogen. Kritiker werfen der Mehrheitsgruppe aus SPD und CDU vor, die gesamte Bergwerks-Genehmigung bewusst zu blockieren und zu verschleppen. Die weist das zurück: Vielmehr gehe es um eine rechtssichere Entscheidung und darum, auch langfristig Umweltschäden möglichst gering zu halten.

Der Vorwurf des Verschleppens klingt auch in dem Schreiben aus dem Umweltministerium durch. Der Antrag von K+S liege dem Landkreis seit 2015 vor, der LBEG-Entwurf zur Einleitungs-Erlaubnis seit Juli 2017. Seither hätten zahlreiche Gespräche zu dem Vorhaben stattgefunden, der Kreistag und seine Ausschüsse hätten sich damit befasst, listet Staatssekretär Doods auf. Und betont, dass die vom LBEG vorgeschlagenen Grenzwerte würden die Innerste langfristig „signifikant entlasten".

40

Jahre würde der Abbau mindestens dauern.

Doch der Landkreis wird die Frist nicht einhalten. Zum einen hat er wie berichtet ein Gutachten der Berliner Fachkanzlei de Witt in Auftrag gegeben, das erst Ende des Monats vorliegen soll. Eine Entscheidung über das Einvernehmen muss zudem der Kreistag fällen. Der tagt erst am 24. September wieder, und bisher steht das Kali-Thema dann gar nicht auf der Tagesordnung.

Als frühester möglicher Zeitpunkt gilt daher der November. Die Verantwortlichen im Kreishaus gehen nach Informationen dieser Zeitung davon aus, trotz des Ultimatums aus Hannover damit durchzukommen. Sie erwarten, im De-Witt-Gutachten gute Argumente für eine Fristverlängerung und weitere Verhandlungen zu finden. Andererseits wusste Staatssekretär Doods, als er seinen Brief schrieb, von dem Gutachten-Auftrag – und scheint nicht geneigt, darauf Rücksicht zu nehmen. Die Kreistags-Fraktionschefs Klaus Bruer (SPD) und Friedhelm Prior (CDU) haben wiederholt betont, sich von niemandem unter Druck setzen zu lassen. Dass sie sich das Wasser-Votum ohne Gegenwehr wegnehmen lassen würden, ist unwahrscheinlich.

KOMMENTAR

Von Tarek Abu Ajamieh

Falscher Zeitpunkt

Das Kali-Verfahren zieht sich schon lange hin – und aus Sicht des Umweltministeriums könnte die Kreistags-Mehrheit den Bogen nun überspannt haben. Die Drohung, den Lokalpolitikern die Entscheidung über die Salzwasser-Einleitung zu entziehen und damit das Genehmigungsverfahren für das Bergwerk insgesamt zu beschleunigen, steht deutlich im Raum.

Das ist nachvollziehbar – doch der Zeitpunkt wäre unglücklich. Das Gutachten der Kanzlei de Witt soll binnen weniger Tage vorliegen, die Fachanwälte könnten als neutrale Experten helfen, letzte Hürden zu überwinden, ohne dass eine der beteiligten Seiten ihr Gesicht verliert. Ewig geht es nicht mehr, klar. Aber ein paar Wochen Zeit sind doch noch. Zumal K+S angekündigt hat, im Fall einer Genehmigung keine Eile mit der tatsächlichen Inbetriebnahme zu haben.